

Waffenlieferungen in den Irak?



Als Militärdekan leitet Pfarrer Artur Wagner die katholische Militärseelsorge in Bayern und Baden-Württemberg.

pro

Die Utopie einer gewaltfreien Welt dürfen wir niemals aus unserem Hoffen und Sehnen verbannen. Allerdings wird eine friedvolle Welt nicht dadurch geschaffen, dass wir die Augen vor der Wirklichkeit verschließen und so tun, als ginge uns das Morden und Ausrotten ganzer Volksstämme im Irak nichts an. Sollen wir wieder wegsehen – wie in Ruanda – und zulassen, dass man Säuglinge, Kinder, Familien, ja ganze Sippen abschlachtet?

Die Gewalt, die derzeit im Irak herrscht, ist mit Bildern kaum einzufangen und mit Worten kaum zu beschreiben. Wenn wir dabei keinen Finger rühren, nur um uns nicht die Hände schmutzig zu machen, machen wir uns mitschuldig.

Es ist und bleibt ein Dilemma, aus dem wir nicht mit weißer Weste herauskommen: Stimmen wir den Waffenlieferungen zu (siehe auch Seite 5), dann wissen wir nicht, wofür diese nach Beendigung des Konfliktes verwendet werden – vielleicht zur Schaffung eines kurdischen Staates? Es kann durchaus sein, dass Waffenlieferungen weitere Konflikte nach sich ziehen, aber besser eine ungewisse Zukunft, als eine mörderische Gegenwart: Die Kämpfer des IS sind skrupellose Fanatiker, die es zu stoppen gilt. Wenn dazu Waffenlieferungen an die kurdischen Kämpfer notwendig sind, sollten diese so kontrolliert wie möglich erfolgen.

Fraglich bleibt doch auch, wo die hochmodernen Waffen der IS-Kämpfer herkommen. Müsste nicht auch hier eine Weltgemeinschaft die Kapitalflüsse und Waffenlieferungen unterbinden und offen darüber berichten, wer diesen Terror finanziert? Schauen wir nicht schon viel zu lange zu, wie Jugendliche auch hierzulande von fundamentalistischen Gruppierungen radikalisiert werden?

Wachsamkeit und entschlossenes Handeln sind hier geboten – das Dilemma der Waffenlieferungen werden wir nicht lösen. Geben wir den Kurden die Waffen an die Hand, die sie zur Beendigung dieses Konfliktes brauchen, und zwar weder Schrott noch überdimensioniertes Hightech, in der Hoffnung, dass das Morden ein Ende nimmt, und beobachten wir wach und entschlossen, wie sich der Konflikt weiter entwickelt.



Martin Pilgram ist Vorsitzender von Pax Christi im Erzbistum München und Freising.

contra

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs bereitet die Bundesregierung Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet vor. Sie konterkariert damit ihre eigenen Rüstungsexportgrundsätze. Pax Christi sieht Waffenlieferungen in den Irak nicht als die Ultima Ratio, um der Bevölkerung dort gegen den Islamischen Staat (IS) beizustehen. Mehr Waffen in einer derartigen Situation zu liefern, in der keinerlei Sicherheit besteht, dass sie nicht in die Hände der Gegenseite fallen oder gegen andere Gegner gerichtet werden als diejenigen, die den westlichen Regierungen jetzt vorschweben, ist mehr als ein Spiel mit dem Feuer.

Wir fordern zu allererst ein größeres Engagement in der Flüchtlingsfrage. Es ist schon eine Überlegung wert, was man mit demselben finanziellen Aufwand an humanitärer Hilfe leisten könnte. Wird hier wirklich das Notwendige getan? Bilder aus den Flüchtlingslagern lassen einen daran zweifeln.

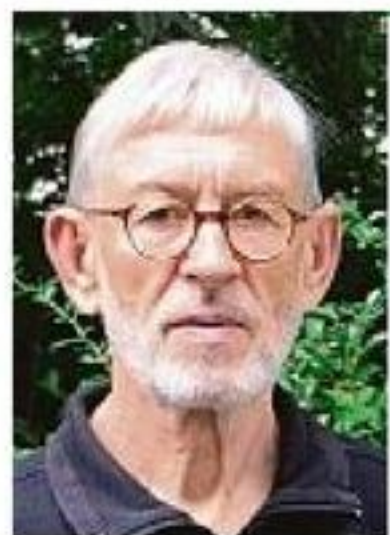
Eine Möglichkeit, gegen den IS vorzugehen, sehen wir darin, ihn von seinen finanziellen Quellen abzuschneiden, auf seine Unterstützer wie Katar, Saudi Arabien, aber auch die Türkei entsprechend einzuwirken. Einen Boykott mit Strafmaßnahmen hat die UN mit ihrer Resolution 2170 vom 15. August inzwischen beschlossen.

Daneben aber gilt es, Gemeinschaften zu unterstützen, die sich für eine zivile, auf Ausgleich ausgerichtete Gesellschaft in der Region einsetzen. So etwa die Internationale Schule Dohuk, eine von Christen gegründete und geführte, jedoch entschieden interreligiös orientierte Schule. Sie war Mitte August 2014 anscheinend nach wie vor sicher.

Deshalb fordert Pax Christi vom deutschen Außenminister: „Liefen Sie keine Waffen in das Konfliktgebiet, üben Sie stattdessen politischen Druck auf die IS-Unterstützer aus, damit der IS vom Nachschub an Geld und Waffen abgeschnitten wird. Unterstützen Sie aktiv eine Lösung, die nur durch die Vereinten Nationen legitimiert werden kann, nicht durch individuelle Staaten.“

In der Erzdiözese ruft Pax Christi für Sonntagabend, dem Tag vor dem Antikriegstag (1. September), zu Friedensgebeten auf (siehe auch Seite 13).

Jesiden in München



Der pensionierte Chemiker Dr. Helmut Vogler engagiert sich an der Mittelschule an der Münchner Implerstraße ehrenamtlich in der Caritas-Schulsozialarbeit und hat so Kontakt zu jesidischen Kindern und deren Familien.

Hilfe gegen die Ohnmacht

Seit 1415 werden die Jesiden von fanatischen Moslems als „gottlose Teufelsanbeter“ verfolgt. Bis heute sind sie wirtschaftlich abhängig und haben keine Möglichkeit, sich politisch zu engagieren oder zu verteidigen. Sie werden von muslimischen Kurden und Arabern verachtet, auf offener Straße bespuckt und bekommen, auch bei guter Ausbildung, nur drittklassige Jobs. Dies führte in der Türkei schon ab den 1980er Jahren zu einer Auswanderungswelle nach Deutschland, insbesondere aufgrund ihrer Position als von der Türkei bedrängte Kurden und von muslimischen Kurden bedrängte Jesiden. Die Zahl der inzwischen

in Deutschland lebenden Jesiden wird auf 60.000 geschätzt. Sie leben vorrangig in Niedersachsen, viele von ihnen aber auch in München und Umgebung.

Die meisten Jesiden in München haben Verwandte im Irak, wie etwa Großeltern oder Geschwister. Sie berichten mir, dass sie versuchen, Kontakt über Mobiltelefon oder Facebook mit ihren Familien im Nordirak zu halten, und erfahren so von deren schrecklichen Schicksalen. Sie fühlen sich ohnmächtig, weil sie ihren Verwandten nicht direkt helfen können. Denn auch die Flüchtlinge in der Autonomen Region Kurdistan fühlen sich nicht sicher, da sie noch

zu nah an dem von den IS-Terrormilizen kontrollierten Gebiet sind oder fürchten, dass die mehrheitlich muslimischen Kurden sich wieder gegen sie wenden.

Auch wenn die Gefahr des IS-Terrors irgendwann gebannt sein sollte, werden die Jesiden kaum mehr in ihre teils zerstörten Ort zurückkehren wollen. Viele fragen sich, was mit ihren Verwandten geschehen wird. Sie hoffen, dass ihnen hier in naher Zukunft Asyl gewährt wird. Dies ist ein Auftrag an uns: angefangen von der respektvollen Aufnahme von Flüchtlingen bis hin zur Unterstützung derer, die sich hier eine neue Existenz aufbauen wollen.